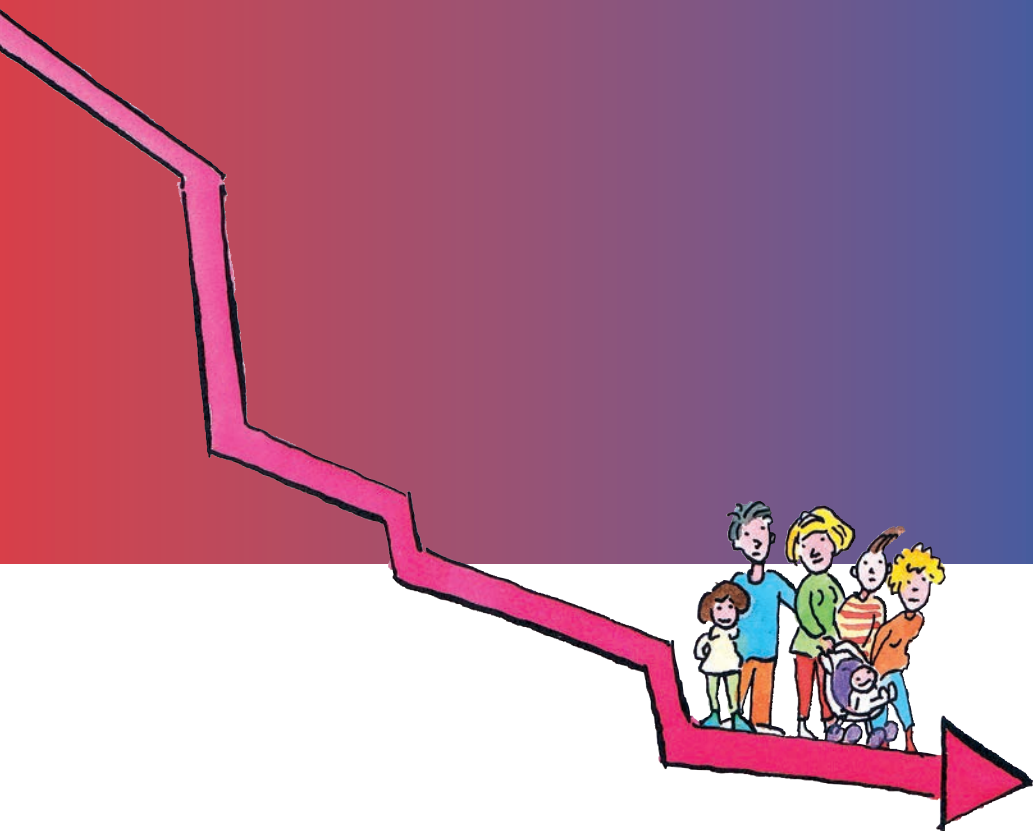


Arbeiten und Leben nach der Krise





Mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen, Königswinter
www.eza.org

Autorin: Sarah Prenger

Gestaltung: HellaDesign, Emmendingen

Illustration: © Klaus Puth, Mühlheim/Main, www.klausputh.de

Druck: Druckerei Eberwein, Wachtberg-Villip

Stand: März 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		4
1	Einleitung	6
2	Zum Hintergrund	8
3	Seminarergebnisse	13
3.1	Ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit finden: Junge Arbeitnehmer suchen nach nachhaltigen Lösungen	13
3.2	Die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung guter Arbeitsplätze im Hinblick auf die Gewährleistung einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben	14
3.3	Unsicherheit und Prekarität – Wie junge Menschen in Europa leben und arbeiten	16
3.4	Familie und soziale Unsicherheit – Wie kann man den familiären Schwierigkeiten begegnen, bei fehlenden wirtschaftlichen Bedingungen, erhöhter Arbeitslosigkeit, fehlenden Stellen für junge Menschen und Migrationen?	18
3.5	Die Veränderung der Arbeitswelt: Phänomene, Ursachen und Auswirkungen auf das Leben der Arbeitnehmer	19
3.6	„Demografischer Winter“: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Arbeitnehmerinnen, ein Mittel zur Stärkung der Strukturen des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene	22
3.7	Zukunft und Nachhaltigkeit der europäischen öffentlichen Systeme sozialer Sicherheit	24
4	Handlungsempfehlungen an Arbeitnehmerorganisationen	26
5	Zitierte Literatur	28

Vorwort

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Europa gravierende Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien gehabt. Auf der einen Seite stieg in den meisten europäischen Staaten die Erwerbsarbeitslosigkeit an, besonders die Chancen von Langzeitarbeitslosen, jungen Menschen und Frauen sanken auf dem Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite nahmen die Qualität und Nachhaltigkeit der Arbeitsverhältnisse ab und prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit zu.

Ziel der Seminarreihe „Arbeiten und Leben nach der Krise“ war es, die Konsequenzen dieser Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten für die/den einzelne/n Arbeitnehmer/in ebenso wie für die gesamte Gesellschaft aufzuzeigen. Neben den ökonomischen Folgen wurde in den Seminaren immer wieder auf die gestiegene Unsicherheit hingewiesen: für eine langfristige Lebensplanung wie etwa die Familiengründung des Einzelnen ebenso wie gesamtgesellschaftlich für die Garantie leistungsstarker Systeme der sozialen Sicherheit. Mit Sorge richtete sich der Blick vor allem auf den demographischen Wandel, der in einem Seminar der Projektreihe als „demografischer Winter“ bezeichnet wurde.

Des Weiteren wurden Handlungsempfehlungen für Arbeitnehmerorganisationen erarbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen wünschten sich starke inklusive Arbeitnehmerorganisationen, die sich auch für Langzeitarbeitslose und Scheinselbständige öffnen. Eine weitere Forderung richtete sich auf Arbeitszeitverkürzungen, um mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt zu beteiligen.

Den EZA-Mitgliedzentren, die an der Projektreihe mitgewirkt haben (ZD N.Si, UNASM, JOC Europe, LOC/MTC, EBCA, FIDESTRA und C.F.T.L.), möchte ich für ihre aktive Teilnahme und ihr besonderes Engagement danken. Mein beson-

derer Dank gilt darüber hinaus Sarah Prenger, Präsidentin der Jeunesse Ouvrière Chrétienne Internationale (Internationale christliche Arbeiterjugend), die die Projektkoordinierung leitete, inhaltliche Impulse gab, die Auswertung der Ergebnisse vornahm und den hier vorliegenden Abschlussbericht verfasst hat.

Die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission unterstützte unsere Aktivitäten inhaltlich und finanziell.

Mit den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen dieser Broschüre möchten wir Arbeitnehmerorganisationen und deren Multiplikatoren/innen Anregungen für ihre tägliche Arbeit geben. Vorschläge und Anmerkungen zu diesen für alle Arbeitnehmer/innen in Europa drängenden Fragen sind jederzeit willkommen. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite dieser Broschüre.

Ich wünsche gute Lektüre!

Sigrid Schraml
Generalsekretärin EZA

1 Einleitung

„Arbeiten und Leben nach der Krise“ war der Titel einer Projektkoordinierung, die im Rahmen des Bildungsprogramms „Europäischer sozialer Dialog“ des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen (EZA) im Bildungsjahr 2016 durchgeführt wurde. Unter verschiedenen Gesichtspunkten wurden die Auswirkungen auf die Erwerbsarbeitsbedingungen und Erwerbsarbeitssuchenden, die sozialen Sicherungssysteme, auf Familien und die demografische Entwicklung, auf Jugend sowie geschlechterspezifischen Konsequenzen analysiert. Ungeachtet solch unterschiedlicher Zugänge wurde deutlich, dass die Krise wesentliche Effekte auf jeden dieser Aspekte individuellen Lebens und gesellschaftlicher Strukturen hatte und hat.

Im Einzelnen wurden dazu folgende Seminare durchgeführt:

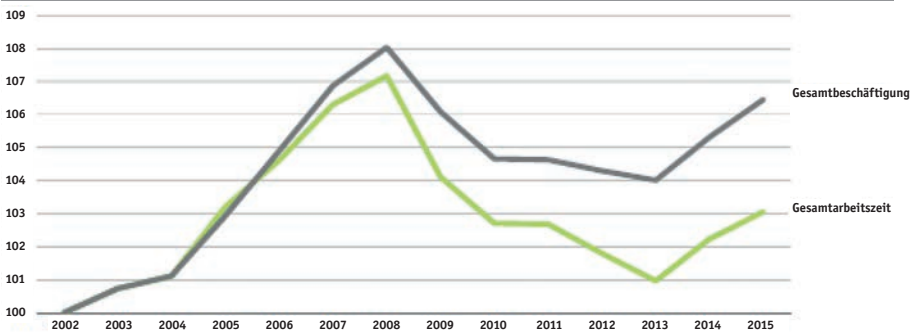
- Ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit finden: Junge Arbeitnehmer suchen nach nachhaltigen Lösungen (15.04. – 17.04.2016 in Ljubljana / Slowenien), organisiert durch ZD NSi (Združenje delavcev Nove Slovenije)
- Die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung guter Arbeitsplätze im Hinblick auf die Gewährleistung einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (25.05. – 28.05.2016 in Ohrid / EJR Mazedonien), organisiert durch YHACM - UNASM - UIATUM (Union of Independent Autonomous Trade Unions of Macedonia)
- Unsicherheit und Prekarität – Wie junge Menschen in Europa leben und arbeiten (25.09. – 02.10.2016 in Herzogenrath / Deutschland), organisiert durch die Europäische Christliche Arbeiterjugend (JOC Europe)

- Familie und soziale Unsicherheit – Wie kann man den familiären Schwierigkeiten begegnen, bei fehlenden wirtschaftlichen Bedingungen, erhöhter Arbeitslosigkeit, fehlenden Stellen für junge Menschen und Migrationen? (06.10. – 09.10.2016 in Coimbra / Portugal), organisiert durch LOC/MTC (Liga Operária Católica - Movimento de Trabalhadores Cristãos)
- Die Veränderung der Arbeitswelt: Phänomene, Ursachen und Auswirkungen auf das Leben der Arbeitnehmer (27.10. – 30.10.2016 in Avila / Spanien), organisiert durch ECWM - EBCA - MTCE (European Christian Workers Movement)
- „Demografischer Winter“: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Arbeitnehmerinnen, ein Mittel zur Stärkung der Strukturen des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene (27.01. – 29.01.2017 in Lissabon / Portugal), organisiert durch FIDESTRA (Associação para a Formação, Investigação e Desenvolvimento Social dos Trabalhadores)
- Zukunft und Nachhaltigkeit der europäischen öffentlichen Systeme sozialer Sicherheit (09.02. – 12.02. 2017 in Porto / Portugal), organisiert von CFTL (Centro de Formação e Tempos Livres)

2 Zum Hintergrund

Nach Jahren der Rezession und steigender Erwerbsarbeitslosigkeit wurden im Zeitraum der Projektkoordinierung stellenweise Anzeichen eines Rückgangs von Erwerbsarbeitslosenzahlen diagnostiziert. Allerdings weist das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) auf den mit Blick auf das Wachstum von Teilzeitbeschäftigung in Europa relevanten Unterschied zwischen einem Wachstum realer Erwerbsarbeitszeit und einem Rückgang von Erwerbsarbeitslosen hin:¹

Abbildung 1: Trends bei der Beschäftigung und der Gesamtarbeitszeit (Index 2002 = 100) (EU-28)



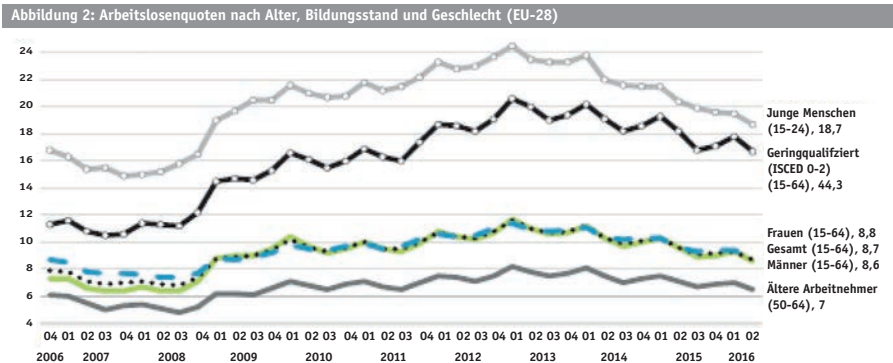
Quelle: Eurostat (EU-AKE), ifsa_ewhais; ifsa_efpt; eigene Berechnungen

Auch sei die demografische Entwicklung, aufgrund derer die absolute Zahl an Erwerbstätigen in den kommenden Jahren europaweit sinken wird, nicht zu vernachlässigen, da sie das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Erwerbsarbeitssuchenden ohne Zuwachs von Erwerbsarbeit verschiebe. Insgesamt war die Erwerbsarbeitslosigkeit in den meisten EU-Mitgliedstaaten auch 2016 höher als 2008. Die Jugendarbeitslosigkeit war mit durchschnittlich 18,7% (4,21 Millionen) wesentlich höher als der Durchschnitt; wenig

¹ ETUI (2016): Labour market and social developments In: Benchmarking Working Europe, www.etui.org/content/download/26427/248573/file/Chapitre+2.pdf, Zugriff: 24.3.2017, künftig zitiert: ETUI: labour, S. 28.

überraschend auch über dem Durchschnitt von 2008 (15,2%, 4.02 Millionen). EU-weit war 2016 laut ETUI jeder dritte junge Mensch erwerbsarbeitend – 10% weniger als 2008.²

Eine zweite Gruppe mit wesentlich höherer Erwerbsarbeitslosigkeit als der Durchschnitt war die der gering Qualifizierten mit durchschnittlich 16,7%, welcher in einem starken Kontrast zu Prozentsätzen von unter 12% vor 2008 steht:³



Ebenso wichtig wie die Quantität der vorhandenen Erwerbsarbeit ist die Entwicklung der Qualität ebenjener. Insgesamt muss von einem signifikanten Anstieg atypischer und prekärer Beschäftigung in Europa gesprochen werden. Aufgrund dieser Entwicklung, so bringt es die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) auf den Punkt, „garantiert Erwerbsarbeit nicht länger [wirtschaftliches, S.P.] Wohlbefinden“⁴. Zu den prekären Erwerbsarbeitsformen gehört befristete

² Vgl. ebd., S. 29.

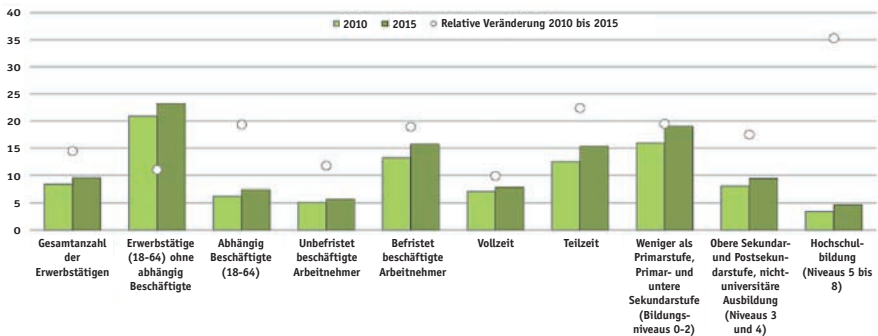
³ Vgl. ebd., S. 25.

⁴ Eurofound (2015): Families in the economic crisis: Changes in policy measures in the EU, Publications Office of the European Union, Luxembourg., künftig zitiert: Eurofound, S. 63.

Beschäftigung, welche zwischen 2001 und 2012 in der EU27 um 25% wuchs⁵, während der Prozentanteil derer, welche ein Jahr nach einer befristeten einer unbefristeten Tätigkeit nachgingen, wie ETUI mit Verweis auf Daten von Eurostat beschreibt, zwischen 2008 und 2016 sank.⁶

Das Risiko von Armut trotz Arbeit ist ein stetig ernster zu nehmendes Problem.⁷ Das höchste Risiko, ein Haushaltseinkommen unter 60% des Median-Einkommens zur Verfügung zu haben, lag 2015 bei der Gruppe der Selbstständigen, gefolgt von gering Qualifizierten, befristet Beschäftigten und Teilzeiterwerbstätigen. Für die Gruppe der Selbstständigen, welche auch 2010 schon das höchste Risiko aufwiesen, erhöhte sich ebendieses von 2010 bis 2015 um 11 %.⁸ Auch das Risiko der anderen genannten Gruppen erhöhte sich: im Fall der Teilzeit-Beschäftigten um 22 %, im Fall der befristet Erwerbsarbeitenden um 19%. Insgesamt stieg das Risiko in allen Berufsgruppen leicht an, wobei auffällt, dass es nirgendwo so stark wuchs wie in der Gruppe der Hochqualifizierten: Ihr Risiko war 2015 35% höher als 2010.⁹

Abbildung 2.15: Erwerbsarmuts-Risikoquote (% der Bevölkerung) und relative Veränderung in deren Höhe (%) in der EU-28



Quelle: Eurostat (EU-SILC, Erhebung über Einkommens- und Lebensbedingungen),, eigene Berechnungen

5. Vgl. Europäisches Parlament – Policy department C: Citizen's rights and constitutional affairs (2016): Differences in men's and women's work, care and leisure time, pdf, http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/556933/IPOL_STU%282016%29556933_EN.pdf, Zugriff: 25.3.2017, künftig zitiert: Ipol, S. 19.

6. ETUI, S. 27.

7. Eurofound, S. 63.

8. ETUI, S. 33.

9. Vgl. ebd.

Ein weiteres im Rahmen der Projektkoordinierung diskutiertes Thema war die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben bzw. die Vereinbarkeit der folgenden drei Sphären: erstens der Sphäre bezahlter Arbeit, zweitens der Sphäre unbezahlter Arbeit, zu der wesentlich Fürsorge- und Familienarbeit und bürgerliches Engagement zählen, und drittens der Sphäre der Freizeit. Der Einfluss dieser Sphären aufeinander ist gewachsen, so dass von einem Konflikt zwischen Berufs- und Privatleben¹⁰ in Europa gesprochen werden kann. Dieser sowie ein konstanter (Zeit-)Druck sind nur zwei der negativen Effekte der Entwicklungen der letzten Jahre.¹¹

Hingegen haben weder traditionelle Geschlechterrollenbilder noch ihre Konsequenzen wie unterschiedliche Bezahlung und die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes an Relevanz verloren. Somit waren Frauen, die konsequenterweise mehr auf staatliche Sicherungsmaßnahmen angewiesen sind, besonders von den Austeritätspolitiken der letzten Jahre betroffen.¹²

Auch unabhängig von der Erwerbsarbeit stieg die Gefahr sozialer Ausgrenzung und Armut durchschnittlich in Europa; 2013 waren 4,8 Millionen europäischer Bürger/innen mehr davon betroffen als 2008.¹³ Unter anderem betraf es besonders Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern; die Kinderarmut stieg seit 2008 in 19 Mitgliedstaaten.¹⁴ Im Zuge von Austeritätspolitiken im Rahmen von Familienpolitik wurden besonders finanzielle Vergünstigungen (Steuererleichterungen, Zuschüsse) eingeschränkt, weniger aber Maßnahmen zu familienbedingter Erwerbsarbeitsunterbrechung. Dies kann laut Dr. Konstantina Davaki als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben weiterhin als Priorität galt.¹⁵

10 Ipol, S. 6.

11 Vgl. u.a. ebd.

12 Vgl. ebd.

13 Vgl. Eurofound., S. 1.

14 Vgl. ebd., S.62.

15 Vgl. ebd.

Dies als kurzer Überblick über einige der Themen, welche im Rahmen der Projektkoordinierung besonders in den Blick genommen wurden. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass – wenngleich kein ausdrücklicher Schwerpunkt eines Seminars – die Ankunft der Menschen mit Fluchthintergrund, welche 2015 und 2016 in die EU kamen (bis November 2015 gab es 1,34 Millionen erstmalige Registrierungen, bis November 2016 1,31 Millionen)¹⁶ diskutiert wurden. Des Weiteren zeigte sich durch Wahlergebnisse in einigen Mitgliedstaaten eine Skepsis gegenüber der Europäischen Union, welche Besorgnis erregte und entsprechend ebenfalls erwähnt wurde.

¹⁶ Vgl. ETUI, S. 30.

3 Seminarergebnisse

3.1 Ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit finden: Junge Arbeitnehmer suchen nach nachhaltigen Lösungen

15.04. – 17.04.2016 in Ljubljana / Slowenien, organisiert durch ZD NSi

Als Grundlage der im Titel beschriebenen Suche beschäftigten sich Vertreter/innen acht verschiedener europäischer Länder zunächst mit der Situation junger Menschen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt und somit mit dem Phänomen der Unsicherheit. Besonders stand dabei das Problem der Scheinselbstständigkeit im Fokus. Deutlich zeigte sich dabei, dass gute Bildung nicht vor prekärer Beschäftigung schützt. Vielmehr wurden (Schein-)Werkverträge als Mechanismus angesehen, alle Beiträge zur Sozialversicherung ebenso wie die langfristige Verantwortung dem/der Arbeitnehmer/in zuzuordnen. Dabei wurden auch negative Konsequenzen für die Arbeitgeberseite identifiziert, da die Identifikation mit dem Arbeitsplatz ebenso leide wie Effizienz und Kreativität der Arbeitnehmer/innen. Nicht zuletzt bedeute der Einsatz einer Person bei verschiedenen Arbeitgeber/innen auch einen potentiellen Informationsfluss zwischen diesen.

Insgesamt wurde die „junge Generation“ als die am Stärksten von der Krise betroffene Generation und als „Opfer des Finanzmarktes“ bezeichnet, wobei das politische System das Marktversagen nicht korrigiert habe. Deutlich wurde, dass die Ursachen der Entwicklung nicht nur auf Ebene der Legislative liegen. So wurde die mangelnde Einhaltung mancher Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer/innen kritisiert. Auch fehlten in vielen EU-Mitgliedstaaten Strukturen zur Implementierung der europäischen Jugendgarantie, die darüber hinaus nicht bekannt genug sei.

Insgesamt wurde die Begleitung der Flexibilität im Arbeitsmarkt durch sozialpolitische Maßnahmen als notwendig erachtet. Auch wurde die Einführung eines sozialen Sicherungssystems, welches nicht auf Erwerbsarbeit basiert, überlegt. Ferner sollten Weiterbildungssysteme soziale Fertigkeiten vermitteln. So sollten Unternehmen, Bildungseinrichtungen und politisch Verantwortliche miteinander kooperieren, um junge Menschen auf den Erwerbsarbeitsmarkt vorzubereiten. Kopien des deutschen und österreichischen dualen Ausbildungssystems wurden hingegen aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen nicht als sinnvoll erachtet. Weiterhin wurden Erwerbsarbeitszeitverkürzungen wie etwa die Reduzierung der 40-Stunden-Woche hin zur 30-Stunden-Woche angeregt. Vorgeschlagen wurde dies sowohl als allgemeiner Ansatz als auch als spezifische Maßnahme für ältere Arbeitnehmer/innen, welche Mentorenrollen für die jüngeren übernehmen könnten.

3.2 Die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung guter Arbeitsplätze im Hinblick auf die Gewährleistung einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

25.05. – 28.05.2016 in Ohrid / EJR Mazedonien, organisiert durch YHACM - UNASM - UIATUM

Vertreter/innen aus der EJR Mazedonien, aus Albanien, Bulgarien, Montenegro, der Türkei und dem Kosovo diskutierten das Thema der Vereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche unter dem Aspekt von Erwerbsarbeitszeit, gesetzlichen Maßnahmen und spezifischen Regelungen für Familienarbeit. Dabei wurden diese Themen in einen engen Kontext zur Geschlechtergerechtigkeit gesetzt. Diesbezüglich stellte man große geschlechtsspezifische Unterschiede im Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt, in einzelnen Ländern auch zu Bildung fest.

Der Titel des Seminars sollte nicht in dem Sinne missverstanden werden, dass die Gewerkschaften in der Rolle gesehen wurden, Arbeitsplätze zu schaffen. Hingegen wurde ihre Aufgabe in der Vertretung der Arbeitnehmer/innen und dabei der Garantie unerlässlicher Standards für Gesellschaft und Menschen gesehen. Hierfür müsse der Einfluss der Gewerkschaften in der Region ausgebaut werden. Beispielsweise wurde im Kontext zur work-life-balance eine zu starke Fokussierung auf die Bedürfnisse am Erwerbsarbeitsplatz gesehen. Teilzeitarbeit sei aufgrund der häufig damit einhergehenden schlechteren Bezahlung keine Lösung. Ein Schritt zur Verstärkung der Wirksamkeit von Arbeitnehmerorganisationen wäre, so der Vorsitzende von UNASM, Slobodan Antovski, eine stärkere Zusammenarbeit dieser.

Eine zentrale Feststellung aller Teilnehmenden in Bezug auf die Situation des eigenen Landes war eine mangelhafte Umsetzung von Gesetzen etwa des Arbeitsschutzes oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders im Kontext der Harmonisierung mit dem rechtlichen Rahmen der EU. Hier wurde ein Handlungsbedarf der Gewerkschaften, auf diese Missstände aufmerksam zu machen, ebenso gesehen wie der Bedarf staatlicher Kontrollinstitutionen.

Des Weiteren wurden die Herausforderungen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, diskutiert. Dabei bestand ein großes Interesse an Beispielen aus westlichen europäischen Ländern. Insgesamt wurde jedoch das Fazit gezogen, dass Lösungen passend zur jeweiligen Realität selbst entwickelt werden müssen.

Auch wurden die Steuersysteme der jeweiligen Länder thematisiert und stellenweise eine zu ähnliche Besteuerung wohlhabender und weniger wohlhabender Bevölkerungsgruppen kritisiert sowie progressive Steuersätze angemahnt.

Insgesamt wurde der Bedarf einer Stärkung des sozialen Dialogs in der Region sehr deutlich. Weitere Handlungsempfehlungen waren Maßnahmen

zur Teilung der Fürsorge-Arbeit in Familien und die Senkung allgemeiner Erwerbsarbeitszeit. Überstunden müssten durch höhere Sätze monetär ausgeglichen werden. Auch wurde der Bedarf einer gezielten Förderung junger Frauen allgemein und spezifisch Unternehmerinnen gesehen.

3.3 Unsicherheit und Prekarität – Wie junge Menschen in Europa leben und arbeiten

25.09. – 02.10.2016 in Herzogenrath / Deutschland, organisiert durch JOC Europe

Vertreter/innen aus Portugal, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Spanien und der Ukraine diskutierten die Erfahrung junger Menschen in Europa, – wenn überhaupt – lediglich prekäre Beschäftigungsmöglichkeiten ausüben zu können. So vielfältig dabei die Formen – wie abhängig befristet mit jeweils spezifisch unterschiedlichen Vertragsformen, über eine Leiharbeitsfirma, unfreiwillig Teilzeit, im Niedriglohnssektor, scheinselfständig mit jeweils spezifischen Arten – so vergleichbar erschienen die Entwicklungen. Informelle Erwerbsarbeit als wachsendes Phänomen wurde ebenso thematisiert wie ein Abbau sozialer Sicherungssysteme und ein Rückgang der Reallöhne. Die Folgen erwiesen sich als ebenso kongruent: mangelnde Planungsmöglichkeit, permanentes Unsicherheitsgefühl mit Auswirkungen auf gesellschaftspolitisches Engagement und Bereitschaft zur Familiengründung, psychische Krankheiten und Rückgang des Konsums ebenso wie deutlicher Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und politische Parteien. Letzterer werde durch Strukturen der Ungleichheit unterstützt. So kritisierten die Anwesenden sowohl unterschiedliche Bedingungen für Angehörige unterschiedlicher Geschlechter (das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern und die horizontale und vertikale Segregation des Erwerbsarbeitsmarktes) als auch Ausgrenzung von Zuwanderer/innen. Als besonders frap-

pierend wurde die wachsende Ungleichheit zwischen mehr und weniger Wohlhabenden bezeichnet. Wie Luc Corterbeek aufzeigte, wuchs das Kapital der 62 reichsten Personen der Welt seit der Krise um 44%, während das der Ärmsten um 41% sank. Zugleich kam 50% des erwirtschafteten Einkommens der letzten 15 Jahre den wohlhabendsten 1% zu Gute.

Auch die Entwicklung der Erwerbsarbeitsbedingungen junger Menschen ist weltweit vergleichbar, so die Feststellung nach einem Austausch mit Vertreter/innen anderer Kontinente. Entsprechend seien globale Wechselwirkungen auch bei der Ursachenanalyse in den Blick zu nehmen. Dabei wurden globale Wertschöpfungsketten insgesamt sowie besonders die Rolle europäischer transnational agierender Unternehmen als Exporteur prekärer Beschäftigung thematisiert.

Aus christlicher und humaner Perspektive verurteilten die Anwesenden diese Realität deutlich, denn der Mensch sollte das Ziel jeglicher Entwicklung und Produktion statt Gebrauchsmittel zur Profitmaximierung sein. Entsprechend dürfe Geld nicht den Maßstab menschlicher Würde darstellen. Jedoch hindere das globale System junge Menschen, ihrer Verantwortung für ethisches Handeln nachzukommen. Auch dürfe es keine Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts, der Nation oder der Hautfarbe geben. Entsprechend berichteten die anwesenden Vertreter/innen christlicher (Jugend-)Arbeiterverbände von Wut und Frustration unter deren Mitgliedern.

Die dringend erforderliche Humanisierung der Realität erfordere eine Aktivierung (junger) Arbeitnehmer/innen, ein höheres Verantwortungsbewusstsein unter Konsument/innen ebenso wie die Stärkung von Arbeitnehmerorganisationen. Zugleich müssten strukturelle politische Maßnahmen besonders in den Sektoren prekärer und informeller Erwerbsarbeit, Geschlechtergerechtigkeit und Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund ergriffen werden. Gefordert wurden mehr Normalarbeitsverhält-

nisse sowie eine signifikante Senkung der Erwerbsarbeitslosigkeit, die Abschaffung informeller Arbeit und eine Modifikation der Leiharbeit insofern, dass Leiharbeitskräfte mehr als Festangestellte verdienen müssten, um dadurch deren höheres Maß an Unsicherheit auszugleichen. Auch müssten Gehälter dem Wachstum der Produktivität angepasst und durch steuerliche Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit gesorgt werden. Dies sei ein wesentlicher Aspekt von Sozialschutz, der als Voraussetzung menschenwürdigen Lebens gesehen wurde. Nicht zuletzt mahnten die Anwesenden angesichts der Analyse globaler Prozesse dringende Reformen von Wertschöpfungsketten sowie transnationaler Strukturen an.

3.4 Familie und soziale Unsicherheit – Wie kann man den familiären Schwierigkeiten begegnen, bei fehlenden wirtschaftlichen Bedingungen, erhöhter Arbeitslosigkeit, fehlenden Stellen für junge Menschen und Migrationen?

06.10. – 09.10.2016 in Coimbra / Portugal, organisiert durch LOC/MTC

In der Auseinandersetzung mit der im Titel formulierten Frage wurde zunächst über die Vision einer Familie, welche in der heutigen Gesellschaft als positiv gesehen werden könne, gesprochen. Deutlich wurde, dass Familien heute Stabilität gewähren und Verantwortung füreinander übernehmen sollen. Sie müssten aufgrund ihres großen gesellschaftlichen Nutzens unabhängig von der konkreten Form gefördert werden.

Jedoch zeigte sich im Weiteren, dass Erwerbsarbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigungsverhältnisse Instabilität für Familien nach sich ziehen. Ebenso habe durch die ökonomische Situation erzwungene Migration offen-

sichtliche Auswirkungen auf die Familien, wie auch die Situation eines einzelnen stets die ganze Familie betreffe. Auch wurde die Kinderarmut als eine auch in als wohlhabend geltenden Ländern existierende Folge der Verarmung von Familien angesprochen.

Somit stelle menschenwürdige Erwerbsarbeit eine wesentliche Voraussetzung für ein gelingendes Familienleben dar. Auch müsse Familienarbeit mehr Zeit zugestanden werden.

Insgesamt wurde die Stärkung des kulturellen Bewusstseins für soziale Rechte der Familie sowie konkrete sozialpolitische familienfreundliche Maßnahmen gefordert. Ferner müsse die Verteilung des durch Erwerbsarbeit produzierten Reichtums in Frage gestellt werden, da allen menschenwürdige Arbeit garantiert werden müsse. Dies sei mit einer anderen Organisation der Gesellschaft möglich, die den Menschen und die gerechte Aufteilung des Reichtums an erste Stelle stellte. Insbesondere junge Menschen benötigten gerade nach Beendigung der Schulpflicht eine Garantie einer Beschäftigung, Stabilität und Sicherheit. Auch der soziale Dialog müsse gestärkt werden, wobei den Sozialpartner/innen das Primat des Menschen und die Relevanz familienfreundlicher Politik bewusst sein müsse.

3.5 Die Veränderung der Arbeitswelt: Phänomene, Ursachen und Auswirkungen auf das Leben der Arbeitnehmer

27.10. – 30.10.2016 in Avila / Spanien, organisiert durch ECWM - EBCA - MTCE

Als wesentlicher Aspekt der Veränderung der Erwerbsarbeitswelt wurde der Prozess der Digitalisierung bezeichnet, welcher zur ständigen Beschleuni-

gung und somit zum Druck auf den einzelnen Menschen sowie zur Ersetzung menschlicher Arbeitskräfte durch Technologie beitrage.

Insgesamt diagnostizierten die Vertreter/innen sowohl eine Beschäftigungs- als auch eine Klimakrise in Europa. Erstere findet ihren deutlichen Ausdruck in der Erwerbsarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sowie dem deutlichen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit seit 2008. Ebenso viel Besorgnis erregte der wachsende Druck und Stress in Erwerbsarbeit und Bildung, die Prekarisierung der Erwerbsarbeitsverhältnisse und das Problem der „working poor“. Diese Entwicklungen hätten nicht nur erhebliche Konsequenzen für das Selbstwertgefühl der einzelnen Arbeitnehmer/innen, sondern auch drastische gesellschaftlichen Folgen. Hierzu zähle wachsende Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung ebenso wie mangelnde Möglichkeit zur Familiengründung und zu gesellschaftlichem Engagement. Auch befördere die Digitalisierung nicht nur Individualisierung, sondern stelle Arbeitnehmerorganisationen vor neue Herausforderungen in Bezug auf die Interessenvertretung. Wie könne diese etwa im Fall von Crowdfunding organisiert werden? Ebenso wurde eine wachsende Spaltung der Arbeitnehmer/innen durch die Prozesse der Prekarisierung festgestellt, während zugleich der Reichtum zunehme. Auch das wachsende Problem sozialer Ausgrenzung, welches besonders Langzeitarbeitslose, arme Erwerbsarbeitende, Alleinerziehende und deren Kinder sowie Migrant/innen beträfe, wurde thematisiert. Diese Gruppen, wie die gesamte Gesellschaft, seien von politischen Sparmaßnahmen der Einschränkung sozialer Sicherung betroffen und Leidtragende einer „Privatisierung des sozialen Lebens“.

Im Zuge der Analyse der Gründe dieser Entwicklung wies Pedro Fuentes (Soziologe und Vertreter der Caritas) darauf hin, dass die Zahl sozial Ausgegrenzter sich durch die Krise zwar erhöht habe, aber auch vor der Krise bereits zwei Drittel der heute sozial Ausgegrenzten dazu zählten. Somit sei nicht nur die Krise, sondern das gegenwärtige Wirtschaftssystem insgesamt in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus wurde der – aus der Arbeitslosigkeit resultierende – Druck, jeden Arbeitsplatz anzunehmen, ebenso als Ursache

der Entwicklungen identifiziert wie ein unter Entscheidungsträger/innen verbreiteter Glaube an Flexibilisierung. Ferner erschwere die zunehmende Vereinzelung der Arbeitsschritte die Verantwortungsübernahme von Arbeitgeber/innen für Beschäftigte.

Vor dem Hintergrund des christlichen Verständnisses des Allgemeinwohls, demzufolge es jedem/jeder gut gehen müsse, wurde das BIP als Durchschnittswert kritisch hinterfragt. Laut dem Personalitätsprinzip müsse der Mensch Zweck des Wirtschaftens und sozialer Institutionen sein. Ebenso stelle uns das Subsidiaritätsprinzip vor die Herausforderung, zwischen dem, was von einer Einheit „selbst“ geregelt werden könne, und dem, wo das nicht möglich sei, zu unterscheiden. Denn das Prinzip impliziere nicht nur die Aufforderung zur Selbsthilfe, sondern ebenso die Verpflichtung der jeweils höheren Ebene, bei Bedarf einzugreifen. Mit der Enzyklika „Laudato Si“ sei das Prinzip der Nachhaltigkeit zu einem weiteren sozialethischen Prinzip geworden, in dessen Folge Mensch und Ökologie nicht isoliert betrachtet werden könnten. Das Solidaritätsprinzip wurde als Verbindung von Nächstenliebe und Gerechtigkeit gekennzeichnet. Insofern seien Einzelfallrechtfertigungen für gesellschaftliche Debatten, in denen es schließlich um Strukturen geht, irrelevant.

Um den offensichtlichen Widerspruch zwischen Realität und Werten aufzulösen, forderte die EBCA im Anschluss an das Seminar eine gerechte Umverteilung der Reichtümer ebenso wie der Erwerbsarbeit. Des Weiteren mahnte sie Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und eine Berücksichtigung von Prinzipien der Nachhaltigkeit bei politischen und ökonomischen Entscheidungen an. Auch sei jede/r Konsument/in in der Pflicht, eigene Entscheidungen bewusst zu treffen. Ferner verurteilten die Anwesenden die Ablehnung von Einwanderern/innen und Flüchtlingen. Konkret schlugen sie Maßnahmen zur Verteilung von Erwerbsarbeitszeit, wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung, sowie eine Trennung des Systems der sozialen Sicherung von der Erwerbsarbeit und zu deren Realisierung die Einführung eines garantierten Grundeinkommens vor.

3.6 „Demografischer Winter“: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Arbeitnehmerinnen, ein Mittel zur Stärkung der Strukturen des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene

27.01. – 29.01.2017 in Lissabon / Portugal, organisiert durch FIDESTRA

Während dieser Veranstaltung setzten sich Vertreter/innen europäischer Arbeitnehmerorganisationen mit der demografischen Situation in Europa auseinander und setzten diese in den Kontext geschlechtsbezogener Diskriminierung. So wurden beispielhaft die demografischen Krisen in Portugal, Bulgarien, Serbien und Rumänien beleuchtet ebenso wie Ursachen und Konsequenzen der vertikalen und horizontalen Segregation des Erwerbsarbeitsmarktes, die sich schon beim Berufseinstieg bemerkbar macht, wenn junge Frauen aufgrund einer potentiellen Schwangerschaft größere Schwierigkeiten haben, eine Erwerbsarbeit zu finden. Die Benachteiligung von Müttern in der Erwerbsarbeit ist sogar noch größer als die kinderloser Frauen. Am Beispiel Portugal zeigte sich eine Verschärfung geschlechterspezifischer Diskriminierung beim Zugang zu Erwerbsarbeit während der Finanzkrise. Auch wurde die sehr negative Konsequenz von Erwerbsarbeitsunterbrechungen für die Alterssicherung thematisiert. Diese Konsequenzen einer Mutterschaft führten gerade bei gut ausgebildeten Frauen zur Entscheidung gegen Kinder.

Als weitere Ursache der demografischen Entwicklung wurden die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse und geringen Löhne junger Menschen gesehen. Weitere Herausforderungen für junge Familien heute sei Mobilität, die dazu führe, dass nicht mehr Eltern oder Geschwister der Eltern bei der Fürsorge der Kinder unterstützen könnten, sondern diese den Eltern – oder Allein-erziehenden – allein obliege. Auch wurde eine Schwächung der Sozialsys-

teme kritisiert und die Frage gestellt, warum ein Vorrang der Ökonomie vor sozialer Sicherung zugelassen werde.

Gleichheit und Gerechtigkeit müsse mit dem Grundsatz der Würde verbunden werden, da eine allgemein gleiche unwürdige Situation auch keine Lösung sei. Um eine solche – würdige und gerechte Situation – herzustellen, wurden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie qualitative Kinderbetreuungseinrichtungen, staatliche Unterstützung für Kindergärten und Krippen ebenso wie Einrichtungen wie beispielsweise Räume zum Stillen und Kinderbetreuungseinrichtungen am Erwerbsarbeitsplatz, angemahnt. Ebenso wurde die Förderung von Vaterschafts„urlauben“ wie auch eine gerechte Verteilung der Heim- und Fürsorge-Arbeit unter Männern und Frauen gefordert. Jedoch solle auch die Sorge-Arbeit für ältere Angehörige in den Blick genommen werden.

Einen anderen Ansatz stellte die Frage dar, ob es angesichts der hohen Erwerbsarbeitslosigkeit geraten sei, dem Leitbild eines sich auf die Erwerbsarbeit und eines sich auf die Familienarbeit konzentrierenden Partners zu folgen. Deutlich wurde, dass Familienarbeit eine ebenso hohe gesellschaftliche Relevanz wie Erwerbsarbeit hat und dieses Modell wie jedes andere als Wahlmöglichkeit zur Verfügung stehen müsse, wobei die jeweiligen Rollen nicht durch das Geschlecht definiert sein sollten. Des Weiteren setzt diese Möglichkeit offensichtlich Gehälter, die die Ernährung einer Familie durch ein Gehalt erlauben, ebenso voraus wie eine Lösung für die Alterssicherung, und löst nicht die Herausforderungen Alleinerziehender.

Insgesamt wurde Wahlfreiheit als unabdingbar gesehen. Hierfür benötige Europa Chancengleichheit, die von einer Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestützt werde und so zur Verbesserung der demografischen Entwicklung Europas beitrage.

3.7 Zukunft und Nachhaltigkeit der europäischen öffentlichen Systeme sozialer Sicherheit

09.02. – 12.02.2017 in Porto / Portugal, organisiert von CFTL

Als „Herz Europas“ und „einen legitimen Anlass zum Stolz“ bezeichneten Vertreter/innen verschiedener Organisationen aus Portugal, Spanien, Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland die europäischen Sozialversicherungssysteme und den Sozialschutz insgesamt. Entsprechend müssten die sozialstaatlichen Mechanismen der Verteilung bewahrt und verteidigt werden. Dies gelte auch für deren Universalität, denn die Befindlichkeit der Minderheiten sei zugleich Indikator und wesentliche Bedingung des Wohlbefindens einer Gesellschaft.

Jedoch zeigten soziale Exklusion, Armut und Schwächung der Arbeitnehmer/innenrechte Mängel im Sozialschutz an. Als Gründe dafür wurde die Krise und die daraus folgende hohe Erwerbsarbeitslosigkeit sowie Austeritätspolitik identifiziert. Dabei sei Prekarität an sich kein neues Phänomen. Die aktuelle „Neuheit“ liege darin, dass die Prekarität nicht ausschließlich Ränder der Gesellschaft, sondern die gesamte Mittelschicht erfasst habe. Darüber hinaus seien auch Normalarbeitsverhältnisse steigendem Druck und geringerer Sozialversicherung und somit einer Prekarisierung ausgesetzt. Diese Prozesse könnten durch Globalisierung und Digitalisierung weiter verschärft werden.

Als weitere Herausforderungen bezeichneten die Vertreter/innen die demografische Entwicklung sowie einen kulturellen Individualismus. Die große Frage lautete konsequenterweise, wie angesichts dieser Herausforderungen die soziale Sicherung bewahrt werden kann.

Hierzu wurde eine Stärkung des Wertes der Solidarität als unabdingbar gesehen. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit von Steuererhöhungen sowie der

Ansatz einer Erweiterung von Steuern statt einer Steuererhöhung diskutiert. So sollten Unternehmen, die ihre Tätigkeit ins Ausland verlegen, weiterhin an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt werden.

Ob Schulden ein probates Mittel zur Garantie bürgerlicher Rechte darstellen, wurde unter der Perspektive, dass wohlhabende Staaten zugleich eine hohe Staatsverschuldung aufweisen, wie ebenso der Herausforderung der anstehenden Schuldentilgungen diskutiert. Auch die Notwendigkeit von Kürzungen zur Absicherung der Sozialversicherungssysteme wurde vertreten. Als mögliche Lösung des demografischen Problems wurden Migrant/innen in Erwägung gezogen, wobei dies Investitionen in Bildung wie etwa Sprachkurse voraussetze.

Aufgrund der engen Relation sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit sahen die Anwesenden letztere als wichtiges Handlungsfeld. So wurden Reduzierungen der Erwerbsarbeitszeit wie die Einführung einer 36 Stunden-Woche sowie die Erhöhung von Mindestlöhnen vorgeschlagen.

Zugleich wurde intensiv die Idee eines garantierten Grundeinkommens diskutiert. Dabei wiesen Befürworter/innen auf gesellschaftlich notwendige Arbeit hin, die ohne monetäre Anerkennung geleistet wird. Andere bezeichneten den Erhalt von Geld ohne Arbeit als unmoralisch und fürchteten Inflation, woraufhin erstere erwiderten, dass ein Grundeinkommen nicht durch eine Steigerung des Geldes finanziert werde. Insgesamt sah man die Garantie von Wohnraum, Gesundheit und Beteiligung am demokratischen System als staatliche Aufgabe, die mit oder ohne Grundeinkommen eingelöst werden müsse.

Einigkeit bestand über die Notwendigkeit eines inklusiven und transparenten sozialen Dialogs sowie starker und inklusiver Gewerkschaften, welche auch Zielgruppen wie Erwerbsarbeitslose und sozial Ausgeschlossene ansprechen.

4 Handlungsempfehlungen an Arbeitnehmerorganisationen

Unabhängig von den Schwerpunkten der jeweiligen Seminare zeigten sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa heute als besorgniserregend. Offensichtlich führten die Austeritätspolitiken der letzten Jahre nicht zu realen Verbesserungen, sondern verschärften die Konsequenzen der Krise.

Entsprechend besteht großer Handlungsbedarf, wozu jedes Seminar konkrete Ansätze und Maßnahmen entwickelte. Diese habe ich im Zuge jedes Berichtes einzeln beschrieben (siehe Kapitel 3). Allerdings wurde ein Phänomen häufig thematisiert, ohne dass jedes Mal entsprechende Handlungsoptionen entwickelt wurden: die mangelnde Einhaltung gesetzlicher Vorschriften an Erwerbsarbeitsplätzen. Aufgrund der mehrfachen Erwähnung solcher Vorkommnisse ist hier auf strukturelle Herausforderungen zu schließen, die dringend von Arbeitnehmerorganisationen analysiert und öffentlich thematisiert werden müssen. Des Weiteren haben staatliche Institutionen sowohl die Verantwortung als auch ein offensichtliches Interesse daran, diesem nachzugehen.

Ansonsten beschränke ich mich hier aufgrund der ausführlichen Beschreibung der entwickelten Handlungsoptionen im dritten Kapitel auf im Zuge der Projektkoordinierung sehr häufig angeratenen Maßnahmen.

Hohe Einigkeit bestand in der Notwendigkeit von Sozialschutz als Garantie menschenwürdigen Lebens, sozialer Gerechtigkeit und sozialen Friedens in Europa. Ebenso bedarf es starker Arbeitnehmerorganisationen und realen und wirksamen sozialen Dialogs.

Die Situation auf dem Erwerbsarbeitsmarkt widerspricht humanen und – wie dezidiert christlich motivierte Zentren aufzeigten – christlichen Werten. Hierzu wurde eine Vielzahl konkreter Reformvorschläge zur Regulierung des Erwerbsarbeitsmarktes ins Gespräch gebracht (siehe Kapitel 3). Auffallend häufig stellte die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen ein Ergebnis der Analyse dar. Diese sind sowohl unter dem Aspekt der Senkung der Erwerbsarbeitslosigkeit als auch unter der Perspektive einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben angeraten.

Auch darüber hinaus scheinen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowohl aus ethischer Perspektive als auch angesichts der demografischen Herausforderungen notwendig.

Hingegen bestand keine Einigkeit bezüglich der Einführung eines garantierten Grundeinkommens. Jedoch wurde ein solches derart häufig diskutiert (siehe Kapitel 3), dass weitere ernsthafte Auseinandersetzungen inklusive Überlegungen zu Folgen und möglichen Finanzierungskonzepten als notwendig erscheinen, zumal die enge Relation zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung zunehmend in Frage steht.

5 Zitierte Literatur

Eurofound (2015): Families in the economic crisis: Changes in policy measures in the EU, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

ETUI (2016): Labour market and social developments In: Benchmarking Working Europe,
www.etui.org/content/download/26427/248573/file/Chapitre+2.pdf,
Zugriff: 24.3.2017.

Europäisches Parlament - Policy department C (2016): Citizen's rights and constitutional affairs: Differences in men's and women's work, care and leisure time,
http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/556933/IPOL_STU%282016%29556933_EN.pdf, Zugriff: 25.3.2017.